



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Zeilon:

85

Vor der Regierungserklärung

31

Würgegriff nach Berlin

1c1

Fahrt durch Berlin mit Kurt R. Grossmann,
bis 1933 Generalsekretär der "Liga für Menschenrechte"
Von H. G. Sellensthir

24

Moskaus Agrarsorgen im Spiegel der Parteitage Diskussion
Von Rudolf Hornig

 $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$, $\frac{5}{6}$

Bundestagsabgeordneter Dr. Alex M ö l l e r , Finanzexperte der SPD, schreibt in der Dienstag-Ausgabe unseres Pressedienstes zu dem hochaktuellen Thema:

"Neugestaltung der Umsatzsteuer und EStG"

Auch Interessenten ausserhalb unseres Bezieherkreises steht der Artikel auf Wunsch zur Verfügung.

Die Redaktion

Karten auf den Tisch!

Vor der Regierungserklärung

sp - Die Bundesregierung steht in den nächsten Tagen und Wochen vor der unaufschiebbaren und unabdingbaren Aufgabe, dem deutschen Volke über wichtige Bereiche der Aussen- und der Innenpolitik klare und umfassende Auskünfte zu geben. Die nächste Gelegenheit ist die Regierungserklärung. Sie sollte und müsste von Adenauer und seinen Mitarbeitern bereits zu einer ersten Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit benützt werden, die allzu lange Zeit aus welchen Gründen auch immer in geradezu totaler Unklarheit und Unwissenheit gehalten worden ist. Der Bericht der Bundesregierung, der am 29. November ab 15 Uhr im Bundestag vorgetragen oder verlesen werden wird, sollte und müsste daher ein Beginn dieser allgemeinen Unterrichtung sein, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat.

Die Bundesregierung ist in Verkenennung der nationalen und internationalen Notwendigkeiten und aus rein parteipolitischen Erwägungen auf einer Koalitionsbasis zusammengestellt worden, die ebenfalls den nationalen und internationalen Erfordernissen des deutschen Volkes zuwiderläuft. Diese Fehlleistung ist nicht mehr zu korrigieren, und der andere, bessere Weg müsste von einem neuen Beginnen aus gestartet werden. Heute jedenfalls wird die Mehrheit im Bundestag von einer Vertragskoalition aus CDU/CSU und FDP gebildet und heute wird die Bundesrepublik von einem Kabinettt regiert, dessen wirklich entscheidende Funktionen mit einer einzigen Ausnahme in den Händen der grossen Vertragskoalitionspartei CDU/CSU sind.

Die jetzt nicht mehr zu umgehende Verpflichtung der Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit ist damit zuvörderst eine Verpflichtung der CDU/CSU, die den Kanzler, den Aussenminister, den Innenminister, den Wirtschaftsminister und den Verteidigungsminister stellt. Zu ihnen wird sich der Finanzminister zu gesellen haben, der der FDP angehört. Diese Kabinettsmitglieder-Gruppe ist in erster Linie gefragt und sie wird daher auch zu antworten haben. Ihre Antworten werden so klar, unmissverständlich, weitgehend und umfassend zu sein haben, wie das möglich ist, wenn man einen kleinen Rest von Fakten ausschliesst, deren Kerntrnis nach Lage der Dinge einem engen Kreis von Politikern und Experten vorbehalten werden muss. Dieser Rest an Fakten, die möglicherweise als Staatsgeheimnisse zu gelten haben, darf und muss aber tatsächlich nur auf das wirklich Notwendige begrenzt werden. Sonst aber heisst es heute und morgen: Karten auf den Tisch!

Die Bundesregierung muss sich jetzt endlich klar darüber werden, dass die Zeiten des Regierens und des Politisierens hinter einem Nebel von Worten, Phrasen, Plattituden und Halbwahrheiten ein für allemal vorbei sind und vorbei sein müssen. Mit dem 13. August und dem 17. September sind die letzten Möglichkeiten unwiederbringbar verloren gegangen;

das deutsche Volk als eine leicht regierbare Masse von Unmündigen zu behandeln, denen ein patriarchalischer Regierungschef aus dem Korb seines Wissens gerade nur so viel Brocken zuwirft, als sich mit den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie eben noch vereinbaren lässt.

Dieses deutsche Volk in der Bundesrepublik Deutschland ist politisch mündig, und seine Bundesregierung ist verpflichtet, sich danach zu verhalten und dementsprechend zu handeln. Ein Schwall von Gerüchten und Informationen lässt es die Bundesdeutschen fühlen, dass sie vor Tagen und Wochen stehen, in denen jeder einzelne Bundesbürger mit neuen Tatsachen konfrontiert werden wird, die seine ganze Standfestigkeit erforderlich machen. Die Standfestigkeit ist aber nur gewährleistet und sie kann nur vorausgesetzt werden, wenn der Bundesbürger auch weiss, was auf ihn, sein Volk und seinen Staat zukommt und weshalb er sich so zu verhalten haben wird, wie es von ihm als Staatsbürger verlangt wird.

Der Kreis dieser neuen Fakten ist sehr gross. Er umfasst entscheidende aussenpolitische Probleme genau so wie wichtigste innenpolitische Fragen. Es geht dabei um politische Beschlüsse und um Anforderungen auf finanziellem, wirtschaftlichem und auch auf persönlichem Gebiet. Und es kann sich dabei tatsächlich, um das abgegriffene Wort doch zu verwenden, auch um Opfer handeln, die der einzelne Staatsbürger zu bringen haben könnte.

Was aber auch immer auf uns zukommt, auf uns als Volk und als Einzelnen, es kann nur ertragen und getragen werden, wenn wir unterrichtet sind und wenn wir die Antworten auf die Fragen nach dem Was, dem Weshalb, dem Wozu und dem Womit so rechtzeitig und so umfassend erhalten haben, dass wir als freie Bürger eines freien Staates in die Lage versetzt werden, aus eigener freiwilliger Entscheidung uns zu der Notwendigkeit bekennen zu können, diese Notwendigkeiten zu bejahen und die Lasten auf uns zu nehmen.

So steht die junge deutsche Demokratie der Bundesrepublik in diesen Tagen und Wochen vor ihrer Bewährungsprobe. Die Verantwortung liegt bei der Bundesregierung und bei ihrer Koalition. Die sozialdemokratische Oppositionspartei wird ihrer grossen nationalen Verantwortung in doppelter Weise gerecht werden: Die SPD wird unter der Voraussetzung, dass sie von Anfang an nicht nur detailliert informiert, sondern auch an der Gestaltung der Entscheidungen und an der Beschlussfassung voll beteiligt wird, den ihr zukommenden Teil der Verantwortung dann mittragen, wenn sie ihr Placet gegeben hat. Die SPD wird aber zu keiner Stunde die Bundesregierung aus der Verantwortung gegenüber Volk und Staat entlassen, die diese Regierung kraft des von ihr öffentlich geleisteten Eides auf sich genommen hat.

Vor drei Jahren

sp - Vor drei Jahren, am 28. November 1958, sprach die Sowjetunion zum ersten Male die Drohung aus: Innerhalb von sechs Monaten müsse Berlin in eine sogenannte "Freie Stadt", das heisst aus dem Westen herausgebrochen werden, müssten durch einen "Friedensvertrag" mit der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und den dortigen Behörden, wenn möglich auch mit der Bundesrepublik Deutschland alle Rechte der Westmächte in Berlin erlöschen.

Seitdem spricht die Welt von einer "Berlinkrise", wird sie durch diese in wechselvoller Spannung gehalten. Das Ultimatum wurde zurückgezogen, erneuert und wieder zurückgezogen. Innerhalb dieser drei Jahre, die seit dem 28. November 1958 vergangen sind, ist jedoch Entscheidendes geschehen.

Ulbricht, ermuntert durch den mächtigen Herrn im Kreml, konnte seine Schandmauer quer durch Berlin errichten. Ein Grossteil dessen, was Chruschtschow durch Verhandlungen erreichen wollte, hat er durch einseitige, von den Westmächten nur mit formellen Protesten begegnete Akte erreicht. Der Viermächtestatus für Gesamtberlin besteht praktisch nicht mehr.

Heute geht es um die Freiheit für Westberlin, um die Erhaltung seiner Lebensfähigkeit, um die ungehinderte Verbindung zwischen Westberlin und der Bundesrepublik. Der Verhandlungsspielraum ist sehr schmal geworden. Es wäre schon viel, würde ein Mindestmaß von menschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westberlin erreicht, könnten einige Löcher in die Schandmauer geschlagen werden.

Es ist gut, dass sich Bonn und Washington über dieses Ziel einigten. Aber man darf die unausbleiblich gewordenen Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion nicht allzu lange hinauszögern.

Noch notwendiger aber ist die Erarbeitung einer einheitlichen festen Verhandlungsposition des Westens überhaupt und der entschlossene Wille, aus der Defensive in die Offensive überzugehen. Hier hat es in diesen vergangenen drei Jahren gefehlt; das hat sich bitter gerächt.

Immer wieder: "Die Mauer"

Fahrt durch Berlin mit Kurt R. Grossmann

Von H.G. Sellenhain

Kurt R. Grossmann, bis 1933 Generalsekretär der "Liga für Menschenrechte" in seiner Geburtsstadt Berlin, auf der ersten Liste der ausgebürgerten deutschen Schriftsteller nach dem 30.1.1933, ist wieder einmal aus seiner jetzigen Heimatstadt New York nach Berlin gekommen, um die "Mauer" zu sehen und den politischen Pulsschlag der Deutschen zu testen.

In einem großen schwarzen Wagen des Bundespressesamtes, wohl geleitet von einem politisch und wissenschaftlich geschulten Führer dieser Behörde, fuhren wir in kalter Winterluft vom Süden bis an den Norden Berlins die über 40 Kilometer der tristen, unwirklich erscheinenden Mauer der beiden Berlins, die nie hätten getrennt werden dürfen, entlang, immer wieder Station machend, um Eindrücke zu sammeln, die Situation zu überdenken.

Grossmann ist unlängst durch sein Buch "Die ungesungenen Helden" bekannt geworden, das den christlichen Helfern in jüdischer Not ein Denkmal setzte. Er schrieb manche aufsehenerregende, unopportunistische Analyse der innenpolitischen Situation, der Restauration des Nazismus oder auch seiner Nachfolgeideen. Gewisse Kreise fürchten sein unbefangenes Urteil nach seinen Deutschlandreisen. Er gehört zu den Leuten, die sich nichts vormachen lassen, deren Gesinnung nicht beeinflussbar ist. Zur Zeit hat Grossmann ein großes Werk über Carl von Ossietzky beendet, das in etwa einem Jahr erscheinen wird.

Am Potsdamer Platz

Es war erschütternd, als wir am Potsdamer Platz standen; Grossmann blickte auf die Stelle, wo das "Café Vaterland" stand und sagte: "Dort diskutierten wir heiß um die Menschenrechte - und jetzt diese Einöde, dieses Niemandsland hier!" Wir sprachen vom "Versagen" und vom "Auftrag", der aus dem Versagen resultiert. Der deutsche Amerikaner sah die Abstraktion der Mauer, die Symbole erloschener Lebens und die Zeichen eines materiellen Lebenswillens, hinter dem vielfach keine Neubessinnung steht, und doch gibt es nur eines für diesen Mann, der Zeit seines Lebens für "Human rights" eintrat: "Fort mit der Mauer!"

"Es trifft immer die Falschen"

Grossmann erinnert daran, daß die Menschheit darum rang, Zellschranken zu beseitigen in Deutschland seit Friedrich List; die Paß- und Visaschwierigkeiten zu beseitigen. "Korridore und Mauern erhöhen nur die Spannungen, sind keine Sicherheiten, Menschen mit Maschinenpistolen und Scherenfernrohren an Mauern sind Gefahren für alle, vor allem für den kleinen Mann".

Denn "der kleine Mann", dessen Wohl die große Politik so oft vergißt, ist der Betroffene der Spaltung: "Es trifft immer den Falschen". Es trifft die kleinen Leute, die weder Krieg noch Streit wollten. Das "Arbeiterregime" strafft die Leute, für die es demagogisch einzustehen behauptet.

Aber Grossmann findet auch "Unbequemes" heraus: "Ich werde nicht das sagen, was man vielleicht erwartet." Der Gast aus New York bedauert, daß hier die letzten Kontakte (the last interchange) verloren gingen, der Austausch einer Welt von Ost und West, so unecht die Konturen vielfach gewesen sein mögen. Er hofft auch, daß die Mauer eine "erzieherische Wirkung" unfreiwillig auslösen kann: "Das Empfinden für die Grundrechte des Menschen sollte durch diese furchtbare Mauer geschärft werden".

Beispiele der Menschlichkeit?

Und er fragt unsere Begleiter, ob es denn nicht ein paar Beispiele der Menschlichkeit zwischen den Uniformierten beider Seiten - auch auf der anderen, humorlosen Seite - gegeben habe. Es gibt einige, wenige.

Während unser Führer jeden Einschuß, jedes Bild, jeden Mauerstein mit dem Ton stolzer Trauer in der Stimme zu erklären vorzog, so als handele es sich um ein nationales Museum der Deutschland angetanen Schande und Schmach, ruft mir der Gesprächspartner Grossmann die "zivilen Rechte" wieder vor das geistige Auge: freie Wahl des Wohnsitzes, freie Meinungsäußerung, freie Bündnismahl. Und er lobt die verhaltene Rolle der westberliner Ordnungsmacht, daß sie Konflikte zu hindern sucht.

"Ich halte es mit dem Präsidenten Kennedy", so sagt unser Gast, "die USA haben nicht die Aufgabe, 'feste Politik' zu machen, Politik der Stärke, sondern nach Ausgleich im Sinne des Lebens zu suchen, der Frieden muß gesichert werden, soweit das möglich ist, weil es Leben zu erhalten gilt."

Und der einstige Generalsekretär der "Liga für Menschenrechte" sagt es unter den stummen Panzern, die sich auf den beiden Seiten in einiger Entfernung gegenüber stehen.

Das Menschenrecht ist unteilbar

"Mit Demonstrationen ist es nicht getan". Was dann? Der amerikanische Gast, der immer noch zutiefst als "Berliner" fühlt, als Bürger der Stadt, in der er einst die geistigen Kämpfe ausgefochten hat, die dann in einem totalen Verlust, zu einer absoluten Passivität zwangen, kennt wie wenige Statistiker unserer Tage die Verlustzahlen von Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen. Aber sein Urteil ist unabdingbar, seine Kausalität vor der abstrakten Mauer, die hinter der konkreten steckt, ist unteilbar: Das Menschenrecht ist in bitterster Weise verletzt - die Mauer muß fort, sie ist "kein Schutz, keine Sicherung".

Maschinenpistolen sind niemals Argumente gewesen. Wir stehen vor der "Friedenskirche" im Norden Berlins, die von ihrer Gemeinde fortgekauert wurde. Segnend hebt der Christus über der Mauer die Hände. Einst gab es Ruinen von Synagogen. Stehen wir vor dem Bankrott des Menschenrechts?

Zurück in den Stall!

Moskaus Agrarsorgen im Spiegel der Parteitage Diskussion
Von Rudolf Hornig

Die Hauptrichtung in der Entwicklung der Viehzucht ist - so hat man sich auf dem Moskauer Parteikongreß geeinigt - der Übergang zur Stallhaltung das ganze Jahr hindurch. Das Vieh soll in Zukunft nicht mehr auf die Weide gebracht, sondern im Stall gefüttert werden. Davon verspricht man sich mehr Milch, mehr Butter und mehr Fleisch. Es gibt, so wurde ausgeführt, bereits genug Wirtschaften, wo man sich aus eigener Erfahrung überzeugt hat, daß das Vieh nicht auf die Weide gebracht, sondern gefüttert werden muß. Das gilt offenbar besonders für die Neulandgebiete, von denen man sich die größten Erfolge in der Viehwirtschaft erhofft.

"Durchaus nicht für die Ewigkeit"

Gerade die Sowchos- und Kolchosbauern in den Neulandgebieten und in der Neulandregion in Nordkasachstan werden jetzt gründlich umlernen müssen. Denn ihnen hatte man jahrelang gepredigt, daß das Weiden der Kühe vom zeitigen Frühjahr bis zum späten Herbst auf den vorhandenen großen Steppenflächen und auf den Wiesen entlang der Wasserläufe nicht nur die Futterbevorratung für den Winter erleichtere, sondern auch der Entwicklung der Viehwirtschaft besonders dienlich sei. Es genüge, so schärfte man den Bauern immer wieder ein, die Errichtung von Laufställen (mit einer Schutzwand auf der Windseite und einem Dach) und die Bereitstellung entsprechender Ställe für die Wintermonate. Diese, nur für wenige Monate berechnet, müßten "durchaus nicht für die Ewigkeit" gebaut sein. Der chronische Mangel an Baumaterial in den Neulandgebieten konnte auf diese Weise zusätzlich überbrückt werden.

Nicht Rekorde, sondern Durchschnittsleistung

Wenn jetzt vom Übergang zur Stallhaltung gesprochen wird, so ist darin das Eingeständnis enthalten, daß die meisten Sowchos und Kolchos die benötigten Ställe werden erst noch schaffen müssen. Das wird sehr schnell geschehen müssen, denn es geht darum, den Milchertrag "in kürzester Zeit" beträchtlich zu steigern. Von vereinzelten Rekordkühen oder Rekordmelkerinnen - jahrelang das Idol der Presse und aller Melkerinnen vom Schwarzen Meer bis weit nach Sibirien hinein - ist man in Moskau plötzlich abgerückt, da sich die bittere Erkenntnis durchsetzen mußte, daß die Durchschnittsleistungen beim Milchertrag nur einen bescheidenen Teil der Rekorde zu erreichen pflegten.

Schack dem "Feldgrassystem"

In der Moskauer Parteitagebdebatte über den kommenden "Überfluß an Agrarprodukten" wurden neben der Weidewirtschaft noch weitere Mängel hervorgehoben und gerügt. So sei eine starke Steigerung der Produktion in der Viehwirtschaft ohne eine wesentliche Zunahme des Bestands aller Vieharten "undenkbar". Auch für diese Zunahme sei die dauernde Stallhaltung maßgebend. Scharf verurteilt wurde das in der Sowjetunion (schon in der Zarenzeit) beliebte Feldgrassystem, das zur Folge habe, daß 40 Prozent des Ackerlandes brachliegen. In echtem Partei-Chinesisch wurde mitgeteilt: "Das ZK der KPdSU hat auf Grund der Schlußfolgerungen der schöpferischen Wissenschaft und der fortschrittlichen Praxis die Fehler der schablonenhaften Anwendung des Feldgrassystems tiefsehörfend und allseitig aufgedeckt, die unwirtschaftliche Bodennutzung verurteilt und eine grundlegende Änderung der Saatflächen und v r allem eine Erweiterung der Maisaussaat verlangt".

... und der Schlamperci

Kommt in diesen Fall der Maispropagandist Chruschtschow wieder zum Vorschein, so dürfte es den sowjetischen Bauern leichter fallen, statt dieses Partei-Chinesisch das zu verstehen, was in Moskau über die "einschneidende Hebung der Kultur der Feldwirtschaft" gesagt wurde. Hinter dieser etwas bombastischen Formulierung kam die zugegebene Tatsache zum Vorschein, daß es "in vielen Regionen, Gebieten und autonomen Republiken" viel Unkraut auf den Feldern gibt, daß die Sommer- saut auf dem Frühjahrsunbruch mit schlechten Samen erfolgt und daß die Aussaatnormen unterboten werden. Und: es werden sehr wenige örtliche Düngemittel in den Boden gebracht. Mit einem Satz: die Schlamperci in der sowjetischen Landwirtschaft muß sehr groß sein und die "Wissenschaft und die fortschrittlichen Erfahrungen" werden offensichtlich wenig beachtet.

"Überfluß an Agrarprodukten" noch in weiter Ferne

Etwas spät, denn die Herbstaussaat ist vorbei, hat man in Moskau den Parteitagebdelegierten auseinanderzusetzen versucht, daß eine "Früh- he, tiefe und schon im Herbst eingeebnete Furche in fast allen Zonen der Föderation (der Sowjetrepubliken) wesentliche Vorzüge gegenüber der späten Herbstfurche und besonders gegenüber der Kauffurche" hat. Das ist an sich nichts Neues und allgemein bekannt. Doch in der Sowjetunion "bleiben die Kolchosen und Sowchosen immer noch mit dieser Arbeit zurück, verrichten sie im alten Trott, was die Erträge stark mindert". Mit dem "Überfluß an Agrarprodukten" scheint es demnach in der Sowjetunion doch noch lange Wege zu brauchen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel